

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, über die Errichtung einer Sekundarschule erst in seiner März-Sitzung zu befinden. In der Zeit bis zu dieser Ratssitzung wird die Verwaltung beauftragt,

- a) die Gremien der Sekundarschulen über die Aussagen des Schulentwicklungsplans zu informieren und dessen Handlungsempfehlungen zu diskutieren. Die passive Teilnahme von Fraktionsvertretern an diesen Veranstaltungen werden begrüßt.
- b) die Eltern, deren Kinder zwischen dem Sommer 2014 und dem Sommer 2020 ein Wechsel zu einer Sekundarschule vollziehen müssen, über ihre Präferenzen im Bereich der Sekundarschulformen zu befragen.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen (2 AL, 1 fraktionslos)
 40 Nein-Stimmen (16 CDU, 6 FDP, 6 UWG, 10 SPD, 1 fraktionslos, Bürgermeister)

Der Antrag der AL-Fraktion vom 10.12.2012 ist somit abgelehnt.

Der Bürgermeister lässt anschließend über den Beschlussentwurf der Verwaltung zur Gründung einer Sekundarschule abstimmen.

Beschluss:

Der Rat nimmt den von der Fa. BiRegio aufgestellten Schulentwicklungsplan zur Kenntnis und beschließt auf dieser Grundlage:

- a) die Gründung einer Sekundarschule gemäß § 81 SchulG zum 01.08.2014 (Schuljahr 2014/2015) in den vorhandenen Schulgebäuden
- b) vorbehaltlich des Zustandekommens der Sekundarschule (erforderliche Anmeldezahl von 75 Kindern im Frühjahr 2014) – die Geschwister-Scholl-Hauptschule sukzessive auslaufen zu lassen und schließlich aufzulösen
- c) vorbehaltlich des Zustandekommens der Sekundarschule (erforderliche Anmeldezahl von 75 Kindern im Frühjahr 2014) – die städtische Realschule sukzessive auslaufen zu lassen und schließlich aufzulösen
- d) die Verwaltung zu beauftragen, die weiteren Verfahrensschritte zur Gründung einer Sekundarschule einzuleiten, erforderliche Anträge bei der Bezirksregierung und dem Schulministerium zu stellen, die seitens der Schulen vorgeschlagene Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen und bei Bedarf externe professionelle Beratung in Anspruch zu nehmen bzw. einzubinden

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen (16 CDU, 6 FDP, 6 UWG, 10 SPD, 2 fraktionslos, Bürgermeister)
 2 Enthaltungen (2 AL)

Die AL-Fraktion beantragt für diesen Fall der soeben getroffenen Entscheidung, dass die seitens der Schulen vorgeschlagene Arbeitsgruppe zum Thema Sekundarschule, ergänzt werden soll.

Zu diesem Antrag erläutert der Bürgermeister, dass der Vorschlag zur Zusammensetzung der Arbeitsgruppe von den Schulleitungen kam und die Größe der Arbeitsgruppe für sinnvoll gehalten wird. Eine Erweiterung stellt die Arbeitsfähigkeit der Arbeitsgruppe in Frage. Eine Zustimmung für die Mitwirkung eines Mitglieds des Personalrates stellt er nicht in Aussicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, dass die im Punkt d) des o.g. Beschlusses angesprochene Arbeitsgruppe neben den Mitgliedern die schon im Juli genannt wurden, durch folgende Personen ergänzt werden soll:

- zwei Eltern-Vertreter, die jeweils von den Schulpflegschaften der Grundschulen entsandt werden,
- zwei Vertreter der betroffenen Lehrer-Kollegien, die von den Lehrerräten der betroffenen Schulen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Förderschule) benannt werden,
- ein Mitglied des Personalrates der Stadtverwaltung sowie
- einer/m Experten/in für Inklusion

Abstimmungsergebnis:	3 Ja-Stimmen	(2 AL, 1 fraktionslos)
	39 Nein-Stimmen	(16 CDU, 6 FDP, 5 UWG, 10 SPD, 1 fraktionslos, Bürgermeister)
	1 Enthaltung	(UWG)

Der Antrag der AL-Fraktion zur Ergänzung der einzuberufenden Arbeitsgruppe ist abgelehnt.

Herr Viebach wechselt nun zum Thema Inklusion und erläutert hierzu den Resolutionsantrag der CDU-Fraktion.

Herr Viebach stellt klar, dass die Resolution in keinem Zusammenhang mit der soeben beschlossenen Sekundarschule zu sehen ist. Er macht deutlich, dass ein derzeit bestehender Referentenentwurf der Landesregierung in einem Gesetzesentwurf mit anschließender Verabschiedung münden kann und für Radevormwald weitreichende Folgen haben könnte. Eine Änderung der Verordnung hat nicht nur die Schließung der Armin-Maiwald-Schule sondern auch noch weiterer Sonderschulen im Oberbergischen Kreis zur Folge, so dass zukünftig ein Fahrtweg bis Gummersbach hingenommen werden müsste. Das Ziel der Resolution ist der Erhalt der Armin-Maiwald-Schule bzw. die Beibehaltung der sonderpädagogische Förderung vor Ort.

Herr Haselhoff, Herr Schröder und Frau Pizzato unterstützen diese Resolution und plädieren für den Erhalt der Armin-Maiwald-Schule, um auch weiterhin in Radevormwald eine optimale Förderung förderbedürftiger Schüler zu erreichen.

Herr Stark und Herr Hoffmann unterstützen die Resolution ebenfalls, sofern sie ohne die im CDU-Fraktionsantrag erläuterte Begründung beschlossen wird.

Frau Ebbinghaus spricht die Unwägbarkeiten an, die im Gesetz noch nicht abschließend geregelt sind und schlägt vor, die Entscheidung über die Resolution auf einen Zeitpunkt nach den Beratungen im Schulausschuss im Februar zu vertagen. Frau Ebbinghaus sieht als Ziel der Inklusion, die Sonderpädagogen in die Sekundarschule mit einzubinden.

Herr Ebbinghaus bekräftigt diese Aussage und ist der Meinung, dass Schüler nicht nach positiven und negativen Leistungen beurteilt und eingestuft werden sollten, was bei einem Besuch einer Sonderschule der Fall ist. Er räumt ein, dass leistungsschwache Schüler Förderung benötigen, die jedoch auch in Radevormwalder Regelschulen geleistet werden kann. Somit ist für ihn das vorgebrachte Argument des weiten Fahrtweges nicht haltbar.

Herr Ullmann weist jedoch darauf hin, dass er eine inhaltliche Diskussion für unvermeidbar hält. Inklusion bedeutet für ihn, alle Schüler in einer Schule zu fördern. Eine Trennung der Schüler führe zu einer vermeidbaren Vorverurteilung der Kinder. Er bittet, das angedeutete Abstimmungsverhalten zu überdenken und ist der Meinung, dass der Erhalt einer Sonderschule Inklusion verhindert.

Der Bürgermeister lässt nun zuerst über den Antrag von Frau Ebbinghaus abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die Entscheidung über die Resolution auf einen Zeitpunkt nach den Beratungen im Schulausschuss im Februar zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:	3 Ja-Stimmen	(2 AL, 1 fraktionslos)
	40 Nein-Stimmen	(16 CDU, 6 FDP, 6 UWG, 10 SPD, 1 fraktionslos, Bürgermeister)

Der Antrag ist abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die von der CDU-Fraktion eingebrachte Resolution (ohne Begründung) für den Erhalt der Förderschule in Radevormwald.

Abstimmungsergebnis:	40 Ja-Stimmen	(16 CDU, 6 FDP, 5 UWG, 10 SPD, 1 fraktionslos, Bürgermeister)
	3 Nein-Stimmen	(2 AL, 1 fraktionslos)

Abschließend hat er Viebach noch zwei Fragen zum Schulentwicklungsplan.

1. Sind durch die Gründung der Sekundarschule Veränderungsarbeiten/investive Maßnahmen notwendig?
2. Kann die Verwaltung ausschließen, dass durch das Thema Inklusion und das Thema veränderte Schullandschaft bis zum Jahr 2015 weitere investive Mittel notwendig sein werden?

Der Bürgermeister beantwortet zunächst die 2. Frage mit einem „Nein“ und stellt die Beantwortung der 1. Frage zurück, bis die neue Arbeitsgruppe ein Konzept für die

Sekundarschule erstellt hat. Erst dann kann eine Aussage zur räumlichen Unterbringung und Ausstattung erfolgen.

Herr Lorenz möchte wissen, wie Kosten finanziert werden, falls welche entstehen. Reicht hierfür die Schulpauschale?

Herr Nipken antwortet hierzu, dass die Schulpauschale ca. 650.000 € jährlich beträgt. Die bisher angesparte Schulpauschale einschließlich der bis 2014 erwarteten Schulpauschale ist für den Sportplatzbau eingeplant. Darüber hinaus sind keine investiven Mittel für Schulbauten im Haushalt vorgesehen.